



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 01.03.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Masterplan Energie:  
Gesamtenergiekonzept für die Stadt Ludwigsburg  
- Prioritätensetzung und nächste Schritte  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 083/11

---

**Beschluss:**

1. Die vorgeschlagene Prioritätenliste zu den Handlungsempfehlungen des IER wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat weitere Entscheidungen zu Einzelmaßnahmen mit konkreten Details und Kostenaussagen jeweils zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Ziffer 1 und 2 werden en bloc zur Abstimmung gestellt.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz  
Stadtrat Lettrari  
Stadtrat Striegel

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 083/11, 084/11, 063/11 und 039/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Gesamtenergiekonzeptes für die Stadt Ludwigsburg werden im Rahmen der Aussprache seitens des Gremiums mehrere Anträge gestellt. Diese werden seitens der Fraktionen in schriftlicher Form eingereicht.

OBM **Spec** weist einleitend auf die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt sowie auf die dem Gremium in schriftlicher Form vorliegende Beratungsunterlagen hin.

Frau **Wenninger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert, dass in Vorlage 083/11 nach den letzten Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung die Handlungsempfehlungen des Gutachters nun in vier Kategorien eingeteilt worden seien. Zu jedem Handlungsfeld seien die konkreten weiteren geplanten Schritte aufgezeigt. Man bitte um Zustimmung für die Priorisierung als Richtschnur zur Umsetzung des Gesamtenergiekonzeptes. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen des Gemeinderats aus dem Workshop am 26.01.11 seien berücksichtigt.

Unter Bezugnahme auf die Vorl.Nr. 084/11 geht Frau Wenninger nachfolgend erläuternd auf Personalbedarf und Fördergelder im Rahmen der Umsetzung des Gesamtenergiekonzeptes ein.

In der nachfolgenden Aussprache drückt Stadträtin **Kreiser** seitens der CDU-Fraktion die Überzeugung aus, dass man auf dem richtigen Weg sei. Man begrüße die Aufteilung der Handlungsempfehlungen nun in vier Kategorien. Da es sich um ein komplexes Thema handle, sei es sehr wichtig, dass, wie in Ziffer 2 der Beschlussvorlage beschrieben, die konkreten Einzelmaßnahmen mit konkreten Details und Kostenaussagen zur Beratung nochmals vorgelegt würden. Kritisch werde der Einsatz von Biomasse zur Versorgung des Neubaugebietes Neckarterrasse gesehen. Bei der Einbindung der Stadtwerke müsse darauf geachtet werden, dass es keine Monopolbildung der Stadtwerke gebe. Mit Blick auf ein Einsparpotential sollten ferner die städtischen Gebäude miteinbezogen werden. Man halte die Erstellung eines Konzeptes für die Öffentlichkeitsarbeit für sehr wichtig. Für die Weiterentwicklung des Gesamtenergiekonzeptes stelle die Vorlage Nr. 084/11 einen wichtigen Schritt dar. Bezug nehmend auf den Antrag Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 039/11 sei man gegen die Schaffung eines weiteren Gremiums und sehe die Grünentwicklung im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft gut aufgehoben. Bezüglich des Antrags der SPD, Vorl.Nr. 063/11 könne es sich mit Blick auf die Zuständigkeit der LVL für den ÖPNV nur um eine Handlungsempfehlung handeln.

Stadträtin **Schittenhelm** erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion und spricht den Dank für die überarbeitete Vorlage aus. Unter dem Blickwinkel der Wirtschaftlichkeit werde vorgeschlagen, innerhalb der bestehenden Kategorien eine weitere Unterscheidung zwischen Wärme und Strom mit Priorisierung vorzunehmen. Der Biomasse stehe man grundsätzlich positiv gegenüber, möchte aber erst wissen, ob dies wirtschaftlich sinnvoll sei. Möglichst viele Akteure sollten ins Boot geholt werden und die Öffentlichkeitsarbeit an erster Stelle stehen. Zuerst sollte das getan werden, womit kurzfristig das meiste erreicht werden könne. Der Antrag der SPD sei ein Berichtsantrag. Den Antrag der Grünen sehe man positiv, spreche sich jedoch ebenfalls für den Beirat für Umwelt und Landwirtschaft aus.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt die grundsätzliche Bereitschaft seiner Fraktion, der neuen Vorlage zuzustimmen. Eine Abschichtung und Priorisierung sei jetzt vorgenommen, für unverzichtbar halte man auch die nun aufgenommene Luftreinhaltung. Nicht ausreichend berücksichtigt sei das Verkehrsthema. Die Überlegungen seien weitgehend eingeflossen. Künftig werde eine gute Öffentlichkeitsarbeit zu machen sein. Vorgesehen sei der schrittweise Ausbau des Nah- und Fernwärmenetzes auf der Basis einer Potentialanalyse durch die Stadtwerke Ludwigsburg. Im Hinblick auf den morgigen Beschluss im Gemeinderat bezüglich des Neuausbaus der Friedenstraße wäre sinnvoll, einen Teil der Weststadt mit entsprechender Nahwärme zu versorgen. Man empfehle dringend, im Zusammenhang mit dem Straßenneubau diese Thematik mit zu überlegen. Des Weiteren sollte mit den vorhandenen Personalkapazitäten ausgekommen sowie das Angebot nochmals verhandelt werden. Anmerkend bringt er zum Ausdruck, dass man mit einigen Thesen der Vorl.Nr. 037/11 nicht einverstanden sei.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht in dem vorliegenden integrierten Klimaschutz- und Energiekonzept des Instituts IER Stuttgart eine hervorragende Grundlage für ein Ludwigsburger Handlungsprogramm. Um die Herausforderung anzunehmen und dem Klimawandel entgegenzusteuern, müsse man sich jetzt dazu bekennen, wie stark der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 und später gesenkt werden solle. Ludwigsburg als Vorreiter für Klimaschutz und als klimaneutrale Stadt sei verpflichtend und die Maßnahmen sollten nun umgesetzt werden. Die vorliegende Verwaltungsvorlage werde begrüßt, diese stelle jedoch erst einen Anfang dar, weiter reichende Schritte müssten folgen. Man rege an,

für das Jahr 2012 vorgesehene Maßnahmen für das Jahr 2011 vorzuziehen. Im aktuellen Prioritätenpapier fehlten ferner wichtige Anregungen wie Klimaschutzbuch, Windkraft, Beteiligung an Windparks, Verknüpfung mit den Themen Grünflächen und Grünleitplan. Die Vorlage sei unterstützungswürdig aber sehr zaghaf.

Auf die Vorlage 084/11 Bezug nehmend drückt Stadtrat **Gericke** den Dank für den wichtigen Einstieg in die Umsetzungsmaßnahmen aus. Man gehe davon aus, dass es sich bei der Stelle des Klimaschutzmanagers/managerin um eine zusätzliche Stelle handle, die zur Konkretisierung der Maßnahme beiträgt. Die Kommune solle ein Vorbild für die privaten Investoren darstellen. Die Fortentwicklung der Fuß- und Radwegekonzeption stelle ein wichtiges Anliegen dar. Aber auch die Verbesserung der personellen Situation im Fachbereich sei notwendig, um langfristig eine integrierte Verkehrsplanung der Stadt sicherzustellen. Er macht nachfolgend kurz auf verschiedene Anträge in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren aufmerksam. Auf den Antrag seiner Fraktion, Vorl.Nr. 039/11 Bezug nehmend gehe es darum, das Thema „Grün in der Stadt“ konkret auf die Klimaschutzstrategie abzustimmen. Man begrüße den Antrag der SPD, Vorl.Nr. 063/11.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner** in Bezug auf die künftige Handhabung der Redebeiträge bei Tagung zweier Ausschüsse schlägt OBM **Spec** vor, eine diesbezügliche Regelung im Ältestenrat zu besprechen.

Stadtrat **Haag** führt für seine Fraktion aus, man sei insgesamt bereit, der Vorlage im Wesentlichen zuzustimmen. Entgegen den Ausführungen der Vorlage Nr. 083/11 sehe man jedoch nicht alle Handlungsempfehlungen als gleichrangig an, vielmehr müsse eine Priorisierung vorgenommen werden. Angesichts der Gesamtbelastung sollte man sich bei den Maßnahmen auf die Hauptpunkte Gebäude und Verkehr konzentrieren und hier eine Priorisierung vornehmen. Man stelle daher den Antrag, in einer Matrix die Art der Maßnahme in Verbindung mit der Emissionssparte unter Darstellung der Wirksamkeit dieser Maßnahme aufzuzeigen, um eine Kontrolle zu erhalten.

Stadtrat **Hillenbrand** erklärt, die Vorlage habe als Entscheidungsgrundlage an Qualität gewonnen, es fehle jedoch zur Beurteilung der Prioritäten die Kosteneinschätzung nach der Erarbeitung von Konzepten. Auf die Beschlusslage hinweisend sei eine Festlegung auf Biomasse noch nicht erfolgt. Auch sei seines Wissens nicht Beschlusslage, dass ein Förderantrag zur Nutzung Abwasserwärme gestellt werde. Ferner müsse die Entscheidung bezüglich der Elektromobilität in Ludwigsburg zunächst noch gefällt werden. Diese kritischen Anmerkungen stellten jedoch keine Aussagen zu den Maßnahmen an sich dar. Er beantragt bei den laufenden Maßnahmen die Ergänzung der Weiterentwicklung der Fuß- und Radwegekonzeption um die Erfassung Tempo-30-Zonen geeigneter Straßen sowie beim schrittweisen Ausbau des Nah- und Fernwärmenetzes die Einbeziehung von Blockheizkraftwerken für kleinere Wohneinheiten mit entsprechender Ergänzung auch in Vorlage Nr. 084/11.

Frau **Wenninger** geht nachfolgend erläuternd insbesondere auf die Themen Biomasse, Anträge, Personalstelle und Elektromobilität ein. Die Beratung und Information solle im nächsten Jahr weiter ausgebaut werden. Auch das Projekt Geothermie werde demnächst vorgestellt. Bezug nehmend auf die Potentialanalyse der Stadtwerke nehme man die Anregung, im Zuge der Bauarbeiten in der Friedenstraße das Nahwärmenetz in der Weststadt auszubauen, zur Überprüfung mit.

Herr **Dr. Ulrich Fahl** (Institut IER) stellt im Anschluss nochmals insgesamt die Zusammenhänge dar und weist auf die Verbindung der Emissionsminderung mit der Reduzierung der Kostenbelastung für den städtischen Haushalt hin.

Unter weiteren erläuternden Ausführungen erklärt OBM **Spec**, dass die Matrix-Darstellung im weiteren Verfahren noch gemacht werden könne.

Stadträtin **Kreiser** spricht sich dafür aus, dass die in der heutigen Sitzung gestellten Anträge seitens der Fraktionen schriftlich eingereicht werden.

Bezug nehmend auf Vorl.Nr. 084/11 spricht sich Stadtrat **Glasbrenner** im Namen seiner Fraktion dagegen aus, eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Mit Blick auf den Antrag der Grünen, Vorl.Nr. 039/11 stehe der Aufnahme des Aspektes der Grünentwicklung nichts entgegen, keinesfalls wolle man aber die Einrichtung einer weiteren Arbeitsgruppe.

Im Hinblick auf den Antrag Vorl.Nr. 039/11 „Grün in der Stadt“ spricht sich OBM **Spec** dafür aus, mit Blick auf das integrierte Stadtentwicklungskonzept einen Querbezug zum Themenfeld des Grünleitplans herzustellen.

Stadtrat **Gericke** erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Bezug nehmend auf den Antrag Vorl.Nr. 063/11 erläutert OBM **Spec** den Sachverhalt. Stadträtin **Schittenhelm** bittet, zeitnah den aktuellen Stand zum Thema Hybrid-Busse/Elektro-Busse im ÖPNV darzustellen. OBM **Spec** sagt eine Beratung im Zuge der Thematik Elektromobilität zu.

Nach weiterer Aussprache geht Frau **Wenninger** erläuternd auf Nachfragen aus der Mitte des Gremiums insbesondere im Zusammenhang mit den Themen Besetzung der Personalstelle, Vernetzung, Biomasse, Kosten und Fördermittel für Klimaschutzmanager/in ein.

Stadtrat **Glasbrenner** bringt zum Ausdruck, aus seiner Sicht müsste jederzeit die Möglichkeit bestehen, innerhalb des Stellenplanes eine Stelle einzusparen oder eine neue auszuweisen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, dass die von Stadtrat Hillenbrand genannten zwei Punkte in Form von Anträgen schriftlich eingereicht würden. Bei der heutigen Abstimmung werde man sich der Stimme enthalten.

Auf Nachfragen aus der Mitte des Gremiums in Bezug auf die Personalstelle erläutert Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal), dass es sich hier nicht um eine Stellenneuschaffung handle. Es handle sich um eine befristete Stelle auf 3 Jahre. Diese Stelle sei nicht im Stellenplan verankert. Für die Stelle erhalte man eine Förderung von 65 %, der Rest müsse aus dem Haushalt finanziert werden. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und des Verfahrens könne von einer tatsächlichen Besetzung der Stelle erst in der zweiten Jahreshälfte 2011 ausgegangen werden. Dies bedeute, dass sich die städtischen Aufwendungen im einstelligen Tausender-Bereich bewegen würden, je nachdem, wann die Stelle besetzt werde. Er gehe davon aus, dass dieser nicht veranschlagte Betrag innerhalb des Personalgesamtvolumenbudgets von ca. 54 Mio. Euro aufgebracht werden könne. Der städtische Eigenanteil müsse in der Personalkostenplanung für das Jahr 2012 veranschlagt werden. In den letzten Jahren sei man regelmäßig deutlich unter den Planansätzen geblieben. Auch für das Jahr 2012 sei man bisher auf einem guten Weg, den Planansatz zu unterschreiten.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet, die Ausführungen von Herrn Nitzsche schriftlich im Protokoll festzuhalten.

Bezug nehmend auf die Anträge der SPD-Fraktion, 063/11 und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 039/11 erklärt OBM **Spec**, dass diese mit den inhaltlichen Erklärungen zu den Anträgen in der Sache erledigt seien. Eine weitere Abstimmung sei nicht erforderlich.

Daraufhin stellt OBM **Spec** abschließend zunächst die Vorl.Nr. 083/11 und im Anschluss die Vorl.Nr. 084/11 im Gremium zur Abstimmung.

---

**Beschluss:**

Zur Umsetzung des Gesamtenergiekonzepts stellt die Stadt Ludwigsburg bis zum 31.03.2011 folgende Förderanträge im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

1. Begleitung bei der Umsetzung von Gesamtenergiekonzepten – „**Energiemanagement / KlimaschutzmanagerIn**“ – Einrichtung einer Stelle befristet für 3 Jahre
2. Erstellung eines **Konzepts „Energetische Verbesserungen in städtischen Liegenschaften“**
3. Fortentwicklung der **Fuß- und Radwegekonzeption** bis zum Jahr 2025

Die Förderquote beträgt jeweils 65 %, d.h. der städtische Eigenanteil der Stadt liegt bei 35 %.

1. **Energiemanagement / KlimaschutzmanagerIn:** Eigenanteil abhängig von Besoldung 18.550 € (20.300 €) jährlich, über 3 Jahre 55.650 € (60.900€)  
In der Folge können zusätzlich 100.000 € Fördermittel für die Umsetzung einer konkreten Maßnahme beantragt werden.
2. Konzept **„Energetische Verbesserungen in städtischen Liegenschaften“:** Eigenanteil bei der Untersuchung von 60 Gebäuden ca. 40.000 € netto.
3. **Fortentwicklung der Fuß- und Radwegekonzeption** bis zum Jahr 2025: Eigenanteil ca. 15.000 € netto.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz  
Stadtrat Lettrari  
Stadtrat Striegel

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 083/11, 084/11, 063/11 und 039/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 083/11.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 083/11, 084/11, 063/11 und 039/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2011, Vorl.Nr. 063/11 wird im Rahmen der Thematik Elektromobilität Bericht erstattet. Der Antrag ist somit erledigt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 083/11.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 083/11, 084/11, 063/11 und 039/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2011, Vorl.Nr. 039/11 ist mit den inhaltlichen Erklärungen unter Herstellung eines Querbezugs zum Grünleitplan, erledigt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 083/11.

**Beschluss:**

Auf die Ausübung des der Stadt Ludwigsburg gemäß § 24 Abs. 1 Ziff. 3 BauGB an dem Grundstück der

Markung Ludwigsburg

Flst. 349/1      Lindenstraße 2      -: 1 a 58 m<sup>2</sup>

zustehenden Vorkaufsrechts wird verzichtet.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

### Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 069/11.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 069/11 im Gremium zur Abstimmung.